

## **Sommerfest der Pressefreiheit: Verbotsbeschluss in Stößen sorgt für Aufregung**

Verbot des Sommerfests auf Poggenburg-Rittergut:  
Polizeibehörden untersagen Ersatzveranstaltung nach  
„Compact“-Verbot.

Halle (Saale)/Stößen - In einer aktuellen Entwicklung rund um die Thematik extremistischer Veranstaltungen wurde erneut eine geplante Zusammenkunft untersagt. Diesmal betrifft es das sogenannte „Sommerfest der Pressefreiheit“, das ursprünglich für Samstag auf dem Rittergut des ehemaligen AfD-Politikers André Poggenburg in Stößen vorgesehen war.

### **Hintergrund zu rechtsextremen Veranstaltungen**

Das Verbot dieser Veranstaltung steht im Kontext des kürzlichen Verbots des rechtsextremen Magazins „Compact“ durch das Bundesinnenministerium. Diese Zeitschrift wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft und hat in der Vergangenheit polarisiert. Die Behörden befürchten, dass derartige Festivitäten zur Propagierung extremistischer Ideologien beitragen und als Plattform für rechte Netzwerke dienen könnten.

### **Entscheidung des Verwaltungsgerichts Halle**

Das Verwaltungsgericht in Halle hat sich der Meinung der

zuständigen Polizeiinspektion angeschlossen und auf die Annahme verwiesen, dass das Sommerfest der Pressefreiheit als eine Art Ersatzveranstaltung für das verbotene „Compact“-Magazin angesehen werden kann. Gerichtspräsident Andreas Pfersich erläuterte, dass gegen dieses Urteil eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt werden könne, was eine mögliche rechtliche Auseinandersetzung in Gang setzen könnte.

## **Der Fokus auf das Rittergut von Poggenburg**

André Poggenburgs Rittergut steht seit mehr als einem Jahr im Fokus der Behörden, da es als ein Ort gilt, an dem sich Mitglieder der sogenannten Neuen Rechten versammeln. Um die bevorstehenden Veranstaltungen zu verhindern, fanden kürzlich Durchsuchungen auf dem Gelände statt.

## **Reaktionen und gesellschaftliche Auswirkungen**

Die Absage des Festes wirft Fragen über die gesellschaftlichen Bedingungen auf, unter denen solche extremistischen Ideen gedeihen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht extremistischen Gruppen ablehnend gegenüber, was die Behörden bestärkt, solche Veranstaltungen zu stoppen. Ein bedeutender Aspekt ist auch die Reaktion der Zivilgesellschaft, die sich stärker gegen solche Ideologien positioniert.

## **Künftige Perspektiven**

Die Organisation „Aufbruch Deutschland“, die sich als bundesweite Interessengemeinschaft bezeichnet, plant nun, das abgesagte Sommerfest abzuhalten. Widerstand gegen extremistische Ideologien bleibt ein zentrales Thema in der politischen Debatte und erfordert fortlaufende Aufmerksamkeit durch die Gesellschaft und die Behörden.

Insgesamt ist dieser Vorfall nicht nur ein weiteres Beispiel für den Kampf gegen den Rechtsextremismus in Deutschland, sondern auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer wachsam und aktiven Zivilgesellschaft, die sich für die Werte der Demokratie einsetzt.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**